

22. II. 1915.

Ansiedlung von Kriegsinvaliden.

Zu einer Besprechung über gründliche und gesunde Versorgung unserer Kriegsinvaliden hatten Freunde des Vereins für soziale Kolonisation Deutschlands Einladungen ergehen lassen. An der Versammlung, die vorgestern im Reichstag zusammentrat, nahmen Abgesandte sämtlicher in Betracht kommenden Ministerien und Reichsämter teil. Der Vizepräsident des Reichstags Prof. Dr. Baasche hielt die einleitende Rede. Wir hätten mit viel mehr Kriegsinvaliden zu rechnen, als wir erwartet haben und müßten, wenn wir unsere gesetzlichen Pflichten erfüllen wollten, riesige Summen in einem zu schaffenden Invalidenfonds festlegen. Selbstverständlich muß ausreichend für die Opfer des Krieges gesorgt werden. Das Wichtigste wäre aber, nicht die Rente zu erhöhen, sondern selbständige Existenzen zu schaffen. Die ärztliche Kunst macht zwar fast alle wieder ganz gesund und auch erwerbsfähig, aber der Staat müßte den Invaliden Plätze offen halten, wo sie sich voll leistungsfähig betätigen können. Von denen, die zu Krüppeln geschossen sind, brauchen allerdings nur 5 Prozent dauernd ihren Beruf zu wechseln. Wir haben aber nicht nur Krüppel, sondern auch sehr viele Kranke. Diese ließen sich nicht alle in Fabriken unterbringen, sie könnten besser draußen in frischer Luft vorwärts kommen. So sollten wir sie in jeder Form ansiedeln, entweder als Bauern oder Landarbeiter oder auch als Handwerker und Industriearbeiter bei kleinen Orten. Alle, die vom platten Lande stammen, müßten wir auch wieder dahin zurückführen und sie nicht etwa der schädigenden Heimindustrie überlassen. Platz genug ist für alle vorhanden. Wir haben noch genug kulturfähiges Oedland. Wir haben gesehen, daß wir zur Sicherung unseres Bedarfs an Nahrung unsere gesamten Ländereien so intensiv wie möglich ausnutzen müssen. Durch eine umfangreiche Kleinsiedlung werden wir die Ernährung des Volkes bessern und sicherstellen. Solche Kleinsiedlungen können auch bei verminderter Arbeitskraft bestellt werden. Die Mittel zu großzügigen Siedlungen müßten zum Teil im Rentengutsverfahren aufgebracht werden, zum Teil müßte die geringe Anzahlung von Freunden der Ansiedlung geschenktweise hergegeben und größere Mittel vom Reich oder Staat bereitgestellt werden. Dr. Reup von der Gesellschaft für innere Kolonisation trat für teilweise Kapitalisierung der Invalidenrente ein. In der Diskussion, an der sich u. a. beteiligten: Präsident Meß, Ministerialdirektor Dr. Freund, Dr. Oppenheimer und Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, wurden Bedenken gegen eine solche Kapitalisierung geäußert. Alle Redner und die gesamte stark besuchte Versammlung nahmen mit lebhafter Zustimmung den Plan auf, den Invaliden und ihren Familien ein Heim auf dem Boden ihres Vaterlandes zu sichern, das sie mit Aufopferung ihrer Gesundheit verteidigt haben.